

Karsten Rudolph

Zeitsplitter: Die Novemberrevolution in Deutschland**Karsten Rudolph**

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Wenn die Französische Revolution als die Mutter der modernen Revolutionen gilt, dann war die deutsche Revolution von 1918/19 eine ihrer Enkeltöchter. Wieder ging es um Freiheit, Gleichheit und Solidarität – dieses Mal jedoch auch um einen sofortigen Friedensschluss. Anders als in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts, wo die Revolution internationale Konflikte ausgelöst hatte und sie sich in ihrem Verlauf militärischer Gegner von außen erwehren musste, ging diesmal ein internationaler Krieg der Revolution voraus. Und noch etwas veränderte die Ausgangslage fundamental: Zwar verband sich im deutschen November wie schon 130 Jahre zuvor die Idee der Revolution mit einem Fortschrittsdenken, welches eine neue, bessere Zukunft versprach (*Carlos Fuentes*). Doch der Fortschritt war bereits ein langes Jahrhundert lang marschiert, so dass der Bruch mit der Vergangenheit keineswegs mehr so radikal ausfallen konnte wie 1789.

Denn die soziale Frage stellte sich nach dem Durchbruch des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert und ganz anders als in einer vorindustriellen Gesellschaft, in der es noch um die Etablierung einer privatwirtschaftlichen Eigentumsordnung gegangen war. Und auch die nationale Frage, die der Revolution von 1848/49 ihre spezifische Schubkraft verliehen hatte, schien grundsätzlich gelöst (bis auf die Aufnahme Österreichs in das Reich). Vor der Revolution hatte sich somit längst jene

»Doppelrevolution« (*Hans-Ulrich Wehler*) vollzogen, die einen widersprüchlichen Fortschritt ausgelöst hatte, der sich bis in die Wirklichkeit der politischen Verfassung des Kaiserreichs ausgewirkt hatte. Die kaum verhüllte Militärdiktatur der Dritten Obersten Heeresleitung, die Aussetzung allgemeiner Wahlen während des Krieges und die im militärischen Ausnahmezustand unterdrückte freie politische Meinungsbildung stauten die fortschrittlichen Tendenzen in der deutschen Gesellschaft jedoch noch einmal zugunsten traditioneller Elemente zurück und führten angesichts einer desaströsen Versorgungslage und verheerender militärischer Misserfolge im Herbst 1918 geradewegs in eine revolutionäre Situation.

Die Ansicht des Cheftheoretikers der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Karl Kautsky, bei der SPD handele es sich keineswegs um eine »Revolutionen machende Partei«, bestätigte sich gleichwohl auf eindrückliche Weise. Weder die Mehrheitssozialdemokratie, noch die Unabhängigen Sozialdemokraten oder gar der *Spartakusbund* »machten« die Revolution. Eine eigenständige, sich über ganz Deutschland verbreitende revolutionäre Bewegung überholte die Reformanstrengungen »von oben«, stürzte die Monarchen, riss verhasste soziale Rangordnungen ein und suchte nach einer politischen Führung.

Bahnhöfe wurden gestürmt – ohne Fahrkarten

W. I. Lenin, der es ja eigentlich wissen musste, weil er mit den Bolschewisten eine Revolution »gemacht« hatte, lag gründlich falsch mit seiner Behauptung, die Deutschen würden erst eine Fahrkarte kaufen, bevor sie einen Bahnhof stürmten. Die Bahnhöfe wur-

den gestürmt und die Spitzen der Arbeiterparteien stellten sich schließlich ganz vorn an die Bahnsteige, um die Reihen der vordrängenden Massen zu ordnen. Die Revolutionäre – ob überzeugt oder wider Willen, sei dahingestellt – wollten allerdings (um weiter im Bild zu bleiben) nicht auf die gewohnte Leistung verzichten, dass dann der Zug der Revolution auch pünktlich und sicher fuhr. Heinrich August Winkler hat dies den *Anti-Chaos-Reflex* genannt, der entwickelten und komplexen Gesellschaften eigenen sei und sie in revolutionären Situationen davon abhalte, einen vollständigen Bruch mit allem Hergebrachten herbeizuführen. Dies unterschied die russische Oktober- von der deutschen Novemberrevolution.

Als der Zug der Revolution dann anfuhr, stürmten die Revolutionäre zwar die Erste Klasse, aber sie warfen ihre Fahrgäste nicht hinaus. Die Spitzen des Militärs, der ostelbische Grundbesitz, die Wirtschafts- und Verwaltungseliten durften sitzen bleiben, nachdem der Kaiser nach Spa ausgestiegen war. Friedrich Ebert, primus inter pares der Revolutionsregierung, schloss mit der OHL ein Bündnis, zunächst um die Mobilisierung des Millionenheeres so abzuwickeln, dass sich die von den Fronten zurückströmenden Soldaten nicht in marodierende Landknechtshaufen verwandelten – eine Sorge, die weithin geteilt wurde. Ebert, das zeigte sich alsbald, setzte bei der Aufrechterhaltung des alltäglichen Lebens eher auf die kaiserlichen Funktionselemente als auf den durch innere Streitigkeiten gezeichneten USPD-Koalitionspartner. Daneben hatte der ADGB-Vorstand mit den Arbeitgebern ein anti-revolutionäres Arrangement (das sogenannte Stinnes-Legien-Abkommen, institutionalisiert in der Zentralarbeitsgemeinschaft) getroffen, das mit den sozialpolitischen Forderungen im Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 vereinbar war, die von der Revolutionsregierung auf dem Verordnungswege umgesetzt wurden. Die Einfüh-

rung des Achtstundentags, die staatlich organisierte Vermittlung von Arbeitsuchenden, die Herstellung der Tarifautonomie, die Bildung von Betriebsräten zeigten eine Neuordnung der Arbeitsbeziehungen an, deren Preis in der Garantie des Privateigentums, dem Abbau der bürokratischen Wirtschaftslenkung und der Abwehr von Sozialisierungsbestrebungen lag.

Im Führerstand der Lok stand zudem eine Revolutionsregierung, die vor allem wegen der während der Spaltung der SPD geschlagenen Wunden nicht zueinander finden wollte. Der nächste Halt des Zuges, die Wahl einer Nationalversammlung, war weniger umstritten als der Zeitpunkt dieses Halts. Die Mehrheitssozialdemokraten strebten eine rasche Wahl und die Vertagung weitergehender Forderungen auf ein dann etabliertes Parlament an, die Unabhängigen neigten dazu, die Revolution zunächst zu konsolidieren und die Bürger dann zur Wahl zu rufen. Angeheizt wurde dieser Konflikt durch den Radikalismus der äußersten Linken und die zur Niederwerfung von Unruhen und Aufständen eingesetzten Freikorps und militärischen Verbände.

Mit Beginn des Jahres 1919 trat die Revolution in eine zweite Phase, die den anfänglichen Einheitswillen in der Arbeiterbewegung zerstörte und ihre Spaltung vertiefte. Der Verlierer dieser Radikalisierung nach rechts und links war die von Arthur Rosenberg luzide beschriebene breite Mitte der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sich eine politische und soziale Neuordnung Deutschlands im Rahmen einer stabilen parlamentarischen Demokratie, aber auch eine Demokratisierung weiterer Gesellschaftsbereiche wünschte. Insofern hatte sich die Revolution schon innerhalb von wenigen Wochen festgelaufen. Gescheitert war sie damit jedoch nicht: Denn erst durch sie wurden die parlamentarische Demokratie errichtet und die Grundlagen des modernen Sozialstaats in Deutschland gelegt.